

HORST ZIMMERMANN

Mögliche Strategien zur Beeinflussung des Strukturwandels in Verdichtungsräumen

Kurzfassung

Verdichtungsräume als neueres Objekt der Regionalpolitik sind keine homogene Kategorie, sondern müssen zumindest in altindustrielle Ballungsgebiete und moderne Wachstumsregionen gruppiert werden. Eine Politik in altindustriellen Ballungsgebieten entspringt vorwiegend dem regionalen Ausgleichsziel, eine Politik in modernen Wachstumsregionen dagegen vorwiegend dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziel. Soweit gesamtwirtschaftliches Wachstum nicht mehr als gesichert angesehen wird, sondern gefördert werden soll, besteht zwischen der Förderung der beiden Typen von Verdichtungsräumen ein Zielkonflikt und damit Konkurrenz bei der Verwendung der verfügbaren öffentlichen Ressourcen.

Eine einseitige Förderung moderner Wachstumsregionen ist oft nicht erforderlich und kann auch zu Überlastung, etwa unter Umweltzielen, führen. Eine massierte Förderung der altindustrialisierten Verdichtungsräume wiederum würde zu einem weitgehenden Anknüpfen an alte Strukturen führen: einseitige Branchenstruktur und häufig Großbetriebsstruktur. Daher wird eine mittlere Strategie vorgeschlagen, mit der die Neugründungen und Erweiterungen in jeder Region gefördert, die Bestandspflege auch im mittelständischen Bereich verstärkt, insbesondere neue Technologien unterstützt und für höher qualifizierte Arbeitskräfte die erforderliche Attraktivität der Wohnregionen gesichert werden. Damit werden in allen Regionen Wachstumsansätze gefördert, und die Anreize werden dort vermehrt aufgenommen werden, wo der regionale Nährboden für Wachstum besonders günstig ist. Wenn altindustrialisierte Verdichtungsräume von einer solchen Strategie in besonderem Maße partizipieren sollen, kann man ihnen eine Vorabquote der entsprechenden Mittel zuordnen, ohne aber die Anknüpfungspunkte der Maßnahmen zu ändern.

In den vorangehenden Beiträgen wurden die altindustrialisierten Verdichtungsgebiete¹ und die ländlichen Regionen² behandelt. Dies könnte den Eindruck erwecken, als ob im folgenden die „modernen“ Verdichtungsräume im Vordergrund stünden. Die Aufgabe wird aber etwas weiter verstanden. Es wird gefragt, wie sich eine Regierung gegenüber den verschiedenen Verdichtungsräumen ihres Staatsgebietes verhalten könnte, wenn sie unter bestimmten Zielen handeln will. Diese Sichtweise gilt sowohl für

eine Landesregierung mit Blick auf ihr Landesgebiet als auch für die Bundesregierung mit Blick auf das Bundesgebiet. Mithin wird auch nicht aus der Sicht einer Region argumentiert, sondern mit Blick über mehrere Regionen.

Zu diesem Zweck werden zunächst kurz die Entwicklungen geschildert, die ein Thema wie dieses entstehen ließen (I), und die Ziele präzisiert, unter denen argumentiert wird (II). Es schließt sich eine Kategorisierung der Verdichtungsräume mit Blick auf diese Ziele an (III). Danach sind dann Aussagen über die Strategien möglich, die mit Blick auf die Verdichtungsräume gewählt werden könnten (IV).

I. „Beeinflussung von Verdichtungsräumen“ früher und heute

Vor 10 oder gar 15 Jahren wäre ein Thema wie das hier behandelte kaum aktuell gewesen. Als Problemregion galt damals allein der ländlich-periphere Raum³. Mit Blick auf Verdichtungsräume wurden zwar ebenfalls einige Probleme behandelt, wie die Verkehrsentwicklung oder die Stadt-Umland-Beziehungen. Verdichtungsräume als Regionstyp waren aber kein Gegenstand aktiver Politik, sondern allenfalls wurden reaktive Maßnahmen erwogen oder ergriffen.

Die Folge ist, daß für eine Politik mit Blick auf Verdichtungsräume weder ein ausgebautes Zielsystem noch ein differenziertes oder vielleicht schon erprobtes Instrumentarium bereitliegt, wie es beispielsweise in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ speziell für ländlich-periphere Räume entwickelt wurde; und eine bloße Ausweitung der Gemeinschaftsaufgabe auf problembehaftete Verdichtungsräume versprach keine befriedigende Lösung.

Heute hat sich die Situation in mehrfacher Hinsicht geändert. Zum einen sind in einigen Verdichtungsräumen erhebliche Probleme aufgetreten, die mit der Umschreibung „altindustrialisierte“ Regionen bereits angedeutet sind. Diese Regionen müssen nicht seit langem industrialisiert sein, sondern es genügt, wenn sie auf in dem Sinne alten Industrien beruhen, daß für sie die Nachfrage längerfristig nicht ausreicht. Der Problemdruck zeigt sich insbesondere in dem Indikator „mittelfristig zu erwartende

Arbeitslosenquote“, der hier ähnliche Werte annimmt, wie man sie früher für ländlich-periphere Problemregionen beobachtete.

Seit Ende der 70er Jahre, also zur gleichen Zeit und vielleicht auch in einem gewissen Zusammenhang mit dem Hervortreten gewichtiger „alter“ Industriegebiete, wird aber auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum als unbefriedigend angesehen, nachdem man zunächst den wirtschaftlichen Rückgang von 1974/75 als rein konjunkturell und damit temporär angesehen hatte. Seither werden kleine reale Wachstumsraten schon als erfreulich angesehen, und es ist jeweils nicht sicher, ob sie wenigstens für ein oder zwei Jahre zu erhoffen sind.

II. Das Erfordernis des Abwägens von Ausgleichs- und Wachstumsziel

Damit ist erstmals in der Nachkriegszeit eine neue Zielkonstellation aufgetreten, die Ende der 70er Jahre bewußt wurde. Vorher hatte man unterstellen können, daß die Ressourcen für eine Bundes- und Landespolitik der personalen oder regionalen Umverteilung durch ein im Zeitablauf sicheres (wenn auch nicht schwankungsfreies) gesamtwirtschaftliches Wachstum bereitgestellt würden. Die Konstellation hatte seit den 50er Jahren bestanden und hatte es erlaubt, die Entscheidung über — in diesem Falle die regionale — Verteilung der öffentlichen Ressourcen gesondert von der Entscheidung über die Entstehung der Ressourcen zu treffen. Gesonderte Politikbereiche für die Gemeinschaftsaufgabe, für den kommunalen Finanzausgleich, für die Planung und den Bau auch ballungsferner Teilnetze des Bundesautobahnsystems usw. waren auf- bzw. ausgebaut worden, hatten ihre Pläne entwickelt und durchgeführt und waren dabei von der mittelfristig gesicherten Zuweisung langsam wachsender realer Einnahmen ausgegangen.

Seit etwa Ende der 70er Jahre nimmt aber die Vorstellung zu, daß die beiden Ziele, das gesamtwirtschaftliche Wachstumsziel und das Ausgleichsziel in seinen verschiedenen Ausprägungen, wiederum gegeneinander abzuwägen sind⁴. Die Vorstellung wächst, daß das gesamtwirtschaftliche Wachstum „gepflegt“ werden muß. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil es die Quelle der Ressourcen auch für die regionale Ausgleichspolitik ist⁵.

Aus diesem Abwägungserfordernis leitet sich erneut die schon in den 60er Jahren diskutierte Frage ab⁶, in welcher Region das gesamtwirtschaftliche Wachstum seine optimalen Bedingungen findet, ausgehend von der Überlegung, daß das gesamtwirtschaftliche Bruttoinlandsprodukt notwendigerweise die Summe der regionalen Bruttoinlandsproduktwerte ausmacht und daß folglich auch auf die regionalen Voraussetzungen seiner Entstehung geachtet werden muß.

Zugleich bestand aber auch das Ziel des Ausgleichs zugunsten benachteiligter Regionen, in diesem Falle zugunsten altindustrialisierter Verdichtungsräume, weiterhin fort. Der Vergleich der beiden Ziele bedeutet dann nichts anderes als das Sichtbarmachen des immer bestehenden Knappheitsproblems, das aber nunmehr auch unmittelbar auf die Ressourcenverteilung zwischen Räumen anzuwenden war.

Das Abwägen zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziel und dem regionalen Ausgleichsziel wäre allerdings insofern nicht erforderlich, wie altindustrielle Verdichtungsräume zugleich gesamtwirtschaftliche Wachstumszentren sind. Das aber kann allenfalls für Segmente der altindustrialisierten Verdich-

tungsräume zutreffen, und im übrigen ist es dann doch erforderlich, die Abwägung vorzunehmen. Besonders deutlich ist dies in einem Land wie Nordrhein-Westfalen mit dem Ruhrgebiet als dem größten altindustrialisierten Ballungsgebiet der Bundesrepublik und vielleicht Europas einerseits und der Rheinschiene von Krefeld und Düsseldorf bis Bonn andererseits⁷.

III. Typen von Verdichtungsräumen unter Wachstumsaspekten

Da zuvor in einem Beitrag die altindustrialisierten Verdichtungsräume behandelt wurden⁸, sei zunächst die Frage gestellt, was einen „modernen“ Verdichtungsraum auszeichnet.

Von der Produktionsseite her kann man argumentieren, daß die folgenden vier Aspekte besonders wichtig sind:

1. Innerhalb des Produktionssektors dominieren die Investitionsgüter. Dabei stehen derzeit Luft- und Raumfahrzeugbau, Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik, sowie Feinmechanik/Optik im Vordergrund⁹.
2. Der Dienstleistungssektor hat verglichen mit dem Bundesdurchschnitt ein besonders großes Gewicht gegenüber dem Produzierenden Gewerbe.
3. Innerhalb des Dienstleistungssektors sind die „Sonstigen“ Dienstleistungen besonders wichtig, z. B. die Beratungsberufe.
4. Auch innerhalb des Produzierenden Gewerbes haben die „tertiären Funktionen“ eine besondere Bedeutung, z. B. Forschung und Entwicklung, Managementfunktionen, Finanzierungsfunktionen usw. Dieser „Sektor im Sektor“, der also tertiäre Tätigkeiten im Produzierenden Gewerbe umfaßt, ist statistisch schwer faßbar. Hierdurch erklärt sich oft, warum manche statistisch gesehen stark industrialisierten Regionen in Wirklichkeit „moderne“ Verdichtungsräume in dem Sinne sind, daß die tatsächlichen Industriearbeitsplätze sehr viel geringer an Zahl sind, beispielsweise wenn man an der Qualifikation der Arbeitskräfte mißt¹⁰.

Es ist nicht einfach zu beurteilen, ob die *Betriebsgröße* eine gesonderte Einflußgröße darstellt. Sicherlich sind Großbetriebe in altindustrialisierten Regionen und alten Branchen ein Problem (siehe unten IV). In neuen Branchen können aber Großbetriebe, beispielsweise wenn sie diversifizieren, ähnlich flexibel sein wie Klein- und Mittelbetriebe.

Von der Seite der *privaten Haushalte* her, zu denen nicht nur die Haushalte der abhängig Beschäftigten, sondern beispielsweise auch die Selbständigenhaushalte zählen, sind moderne Verdichtungsräume dadurch gekennzeichnet, daß hohe Ansprüche an die Attraktivität des Raumes unter dem Aspekt „Wohnen und Freizeit“ gestellt werden. Das leitet sich daraus ab, daß der Anteil höher qualifizierter Arbeitskräfte hier besonders groß ist. Wenn die übrigen Standortqualitäten für die unternehmerische Standortentscheidung gleich sind, kann auch der Manager mit Recht die attraktivere Region vorziehen, denn zum einen muß er selbst dort wohnen, zum anderen kann er dorthin leichter hochqualifizierte Arbeitskräfte attrahieren. Da die übrigen Standortqualitäten in vielen Ballungsgebieten der Bundesrepublik ähnlich sind, können Attraktivitätsfaktoren auch in betriebswirtschaftlicher Sicht durchaus den Ausschlag geben.

Schließlich ist auf eine Einflußgröße hinzuweisen, die sich sehr schlecht fassen läßt. Die *Anpassungsflexibilität* in einer Region muß hoch sein, es muß ein Klima der Innovationsbereitschaft, der

Bereitschaft zur grundlegenden Umstellung usw. bestehen. An der Schaffung einer solchen Atmosphäre müssen alle beteiligten Gruppen mitwirken, außer den einzelnen Unternehmen und Arbeitnehmern insbesondere auch die Kommunen, die Kammern und die Gewerkschaften.

Wenn man diese Argumente zum Typ des „modernen“ Ballungsgebietes zusammenfaßt und dann überlegt, in welchen Regionen in der Bundesrepublik wohl in der nahen Zukunft das wirtschaftliche Wachstum stattfinden wird, so kann man folgern, daß es vornehmlich dort erfolgen wird, wo es schon jetzt zu beobachten ist. Der Prozeß der — weitgehenden — Abkoppelung der altindustrialisierten Verdichtungsräume von der allgemeinen Entwicklung hat überwiegend bereits stattgefunden, so daß die jetzt als „modern“ anzusprechenden Verdichtungsgebiete dies auch bleiben dürften.

Offen bleibt hier, wieweit Wachstumsprozesse (auch) außerhalb der Verdichtungsprozesse stattfinden werden. Ob insbesondere die neuen Technologien starke regionale Dezentralisierungseffekte bringen werden, ist derzeit schlecht abzuschätzen. Häufig sind auch angeblich beobachtete Dezentralisierungsprozesse, die als Gewinne des ländlichen Raums bezeichnet werden, in Wirklichkeit nur darauf zurückzuführen, daß regional falsch abgegrenzt wird: Viele Verlagerungen und dezentrale zusätzliche Arbeitsplätze entstehen im jeweils nächsten „Ring“ des Ballungsgebietes und nicht im ländlich-peripheren Raum, der deshalb immer gesondert auszuweisen ist. Daraus ist auch die Forderung abzuleiten, die Abgrenzung der Verdichtungsräume vordringlich fortzuschreiben, wobei das offensichtliche Hinausschieben der Einzugsbereiche besonders genau beobachtet werden muß.

Wenn durch das wirtschaftliche Wachstum die heute schon vorteilhaften Verdichtungsräume nochmals gefördert werden, so bleibt der Konflikt zwischen Wachstums- und Ausgleichsziel auch in der Zukunft unvermindert stark. Er galt immer schon insofern, als immer nur einige Verdichtungsräume an der Spitze der Entwicklung standen. Der Konflikt besteht aber heute in besonderem Maße, weil offensichtlich auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum „pflegebedürftig“ ist. Von daher ist jeweils zu prüfen, welche regionale Förderung mit dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziel besonders gut kompatibel ist oder in Konflikt steht und eine politische Abwägung erfordert.

IV. Folgerungen zu den Strategien

1. Bedarf ein „moderner“ Verdichtungsraum der Förderung?

Sicherlich wird man, wenn eine Hierarchie der Verdichtungsräume nach ihrer „Modernität“ bzw. ihrem Anteil an alten Industrien besteht, die am besten gestellten Verdichtungsräume als am wenigsten förderungsbedürftig kennzeichnen. Doch auch wenn sie weitgehend funktionsfähig sind, können Engpässe beispielsweise im Verkehrsbereich, bei der Grundstücksbeschaffung für Erweiterungen usw. auftreten, die unter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziel unerwünscht sind¹¹.

Moderne Verdichtungsgebiete können darüber hinaus in einer versteckten Form negativ beeinflusst werden. Dafür können zum einen Verwaltungshemmnisse bei der Genehmigung von Investitionen die Ursache sein, wie in jüngster Zeit argumentiert wird. In unauffälliger Weise kann aber auch das fiskalische System diese Gebiete überproportional belasten. Auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte sollen diese Regionen keine Zuflüsse über die Gemeinschaftsaufgabe, den kommunalen Finanzausgleich

usw. erhalten. Gleichzeitig erfolgen jedoch ungeplante Abflüsse aus diesen Regionen an die Bundes- und Landeshaushalte über die Steuern und sonstigen öffentlichen Einnahmen. Historisch war der sich ergebende negative fiskalische Saldo wahrscheinlich in modernen Ballungsgebieten nie so stark wie heute. Daher ist diese Tendenz zu beobachten, und es ist politisch zu entscheiden, wie weit sie als erträglich angesehen wird.

2. Die Möglichkeit einer massierten Förderung der altindustrialisierten Verdichtungsräume

Eine konzentrierte Förderung altindustrialisierter Regionen, wie sie in Programmen für das Ruhrgebiet oder das Saarland zum Ausdruck kommt, bedeutet meist, daß weitgehend an die alten Strukturen, insbesondere die Sektoralstruktur, angeknüpft wird. Damit ist zwar eine kurzfristige politische Entlastung verbunden, weil auf kurze, vielleicht sogar mittlere Frist weniger Arbeitslose zu verzeichnen sind, als prognostiziert worden waren. Fiskalisch gesehen bedeutet ein solches Programm aber eine sehr teure Form der Unterstützung privater Haushalte als der letzten Adressaten einer solchen Politik.

Vor allem aber wird die Region in ihrem bisherigen Kurs unterstützt. Die Mittel kommen oft verstärkt den Großbetrieben zugute. Gleichzeitig wird die ungünstige Sektoralstruktur zumindest in stärkerem Maße erhalten, als es ohne diese Hilfe der Fall gewesen wäre. Nicht zuletzt wird verhindert, daß sich die Arbeitskräfte auf eine neue Qualifikation einstellen; im ungünstigsten Falle wird der Berufswechsel nicht einmal beim Generationswechsel induziert, obwohl er zu diesem Zeitpunkt mit den geringsten Anpassungsschwierigkeiten möglich wäre.

3. Eine mittlere Strategie

Eine Strategie, die für beide Typen von Verdichtungsräumen Ansatzmöglichkeiten bietet, muß das Wachstumsziel und das Ausgleichsziel gleichzeitig berücksichtigen.

Unter dem Wachstumsziel wird hier davon ausgegangen, daß vorweg nicht bekannt ist, welche einzelnen Betriebe in welcher Region wirtschaftlich erfolgreich sein werden. Es ist lediglich zu vermuten, daß die Zugehörigkeit zu bestimmten Branchen, eine geringe Betriebsgröße und eine bestimmte regionale Situation die Wahrscheinlichkeit des wirtschaftlichen Erfolges positiv beeinflussen. Daher sind richtige Ansatzpunkte zu untersuchen, die aber dann allgemein, d. h. mit Blick auf bestimmte Betriebe oder auch nur Regionen, gestärkt werden sollen.

Hier kann auf die heute an vielen Stellen geführte Diskussion über Merkmale des Strukturwandels zurückgegriffen werden:

- Sicherlich ist jede Neugründung und Erweiterung zu fördern, zumindest von Hemmnissen zu befreien.
- Damit ist von selbst eine besondere Pflege des Mittelstandes verbunden, die allerdings in der Praxis schwieriger ist und von vielen Beteiligten erst gelernt werden muß.
- Wenn eine Neugründung oder Erweiterung im Bereich der sog. neuen Technologien erfolgt, ist eine besondere Unterstützung lohnend.
- Wenn vermehrt höher qualifizierte Arbeitskräfte erforderlich werden, so ist dies ein positives Zeichen und sollte dahingehend unterstützt werden, daß auch die Wohnattraktivität der entsprechenden Regionen verbessert wird. Auch dies ist leichter ausgesprochen als politisch durchgesetzt, weil dazu oft diejenigen öffentlichen Aktivitäten verstärkt werden müssen, die

überproportional mittleren und hohen Einkommen zugute kommen.

- Zentral scheint hierfür jedoch zu sein, daß eine innovationsfreundliche Atmosphäre geschaffen werden muß. In den alten Industriegebieten herrschte oft eine unheilige Allianz von Kommune, Gewerkschaft und auch Kammern. In einem vorangehenden Beitrag wurde von der „Hoesch-Fraktion“ in Dortmund gesprochen, und ähnliches wird man vom Saarland sagen können. Die Umstellung auf kleinere und mittlere Betriebe, auf die Pflege sich neu ansiedelnder oder erweiternder Betriebe usf. ist keine leichte Aufgabe und vielleicht eines der Haupthemmnisse für die aus sich heraus an sich mögliche Entwicklung in einer Region, die mit Infrastruktur, leistungsbereiten Arbeitskräften usf. durchaus ausgestattet ist.

Unter dem Ausgleichsziel ist zu berücksichtigen, daß die Resonanz auf ein unter dem Wachstumsziel konzipiertes Programm in den einzelnen Typen von Verdichtungsräumen verschieden sein wird. Zwar ist auch in den altindustrialisierten Verdichtungsräumen mancher Ansatz vorhanden, der unter dem Wachstumsziel gefördert werden sollte, und manche Resonanz wird sich von selbst ergeben. Im Vergleich der Typen von Verdichtungsräumen wird aber bezogen auf die Bevölkerung, die Zahl der Arbeitskräfte, die Wertschöpfung usf. die Nachfrage nach wachstumsförderlichen angebotenen Leistungen dort geringer sein als in den modernen Wachstumsgebieten. Damit würde die Schere zwischen den Typen von Ballungsgebieten sich weiter öffnen. Soweit dies unter dem Ausgleichsziel nicht hingenommen werden soll, kann man für die schwächeren Verdichtungsräume vorab Quoten bei den Mitteln festlegen, die dort vorhandenen öffentlichen Institute etc. überproportional stärken usf.

Immerhin würde aber mit einer solchen Kombination aus Wachstums- und Ausgleichsziel vermieden, daß gesonderte Programme aufgelegt werden, die wieder an den alten Strukturen ansetzen. Der Typ der Anknüpfungspunkte sollte also in allen Regionen gleich sein, und unter dem Ausgleichsziel wäre lediglich eine verstärkte Anspruchnahme der Angebote in den altindustrialisierten Verdichtungsgebieten anzustreben. Insofern wird mit dieser mittleren Strategie keineswegs ein Plädoyer für die gesonderte Förderung von Spitzen-Verdichtungsräumen gefordert. Es sollte lediglich sichtbar gemacht werden, daß die regionale Verteilung von öffentlichen Ressourcen heute mehr denn frü-

her das Abwägen zwischen dem Ausgleichsziel und dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziel erforderlich macht. Wie dieses Abwägen dann tatsächlich erfolgt, ist eine politische Entscheidung und entzieht sich der wissenschaftlichen Beurteilung.

Anmerkungen

1 Siehe Beitrag von Th. Pieper.

2 Siehe Beitrag von D. Schäfer.

3 Vgl. zu der Gegenüberstellung auch Zimmermann, H.: Die Folgen einer Konzentration von Wissenschaft und Politik auf Städtebau und Ballungsprobleme für die großräumige Entwicklung. In: Regionale Wirtschaftspolitik für unterschiedlich strukturierte Räume, Beiträge der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Nr. 40. — Hannover 1980, S. 6 ff.

4 Vgl. auch Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1984/85, Tz. 414.

5 Die Gegenüberstellung der beiden Ziele soll nicht überdecken, daß die regionale Ausgleichspolitik in der Bundesrepublik überwiegend mittels des Instruments des regionalen Wachstums betrieben wurde. Allerdings war damit jeweils das Wachstum in der einzelnen Region gemeint, ohne ernsthaft zu prüfen, ob die Grenzproduktivität der eingesetzten öffentlichen Mittel in dieser Region die höchste war, also den höchsten Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leistete.

6 Vgl. etwa Giersch, H.: Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik. In: Jürgensen, H., (Hrsg.): Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft. — Göttingen 1964, S. 386 ff., und Marx, D.: Wachstumsorientierte Regionalpolitik. — Göttingen 1966.

7 Vgl. zur Anwendung der gesamten Argumentation auf die Verdichtungsräume in Nordrhein-Westfalen: Zimmermann, H.: Stellungnahme zur Frage: Mehr Wachstum oder mehr Ausgleich? — Inhalt und Konsequenzen möglicher Strategien zur Beeinflussung der Verdichtungsräume in Nordrhein-Westfalen. — Marburg 1984, hrsg. von den Industrie- und Handelskammern Aachen, Arnsberg, Bielefeld, Bonn, Köln, Krefeld/Mönchengladbach/Neuß, Siegen.

8 Siehe Beitrag von Th. Pieper.

9 Vgl. HWWA: Analyse der strukturellen Entwicklung der Wirtschaft, Strukturbericht 1981. — Hamburg 1984, S. 53.

10 Vgl. hierzu Postlep, R.-D.: Regionale Effekte höherwertiger Dienstleistungen. Schriften der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung, Bd. 10, Bonn 1982.

11 In den modernen Wachstumsgebieten ist bei Subventionen ein besonders großer Mitnahmeeffekt zu erwarten, da die dortigen Unternehmen weniger auf öffentliche Mittel angewiesen sind und sich daher weniger leicht von ihrem Verhalten ablenken lassen. Für die Bereitstellung zusätzlicher Infrastruktur trifft das Argument des Mitnahmeeffekts dagegen nicht zu. Vgl. hierzu Zimmermann, H.: Der Mitnahmeeffekt. In: Räumliche Aspekte des kommunalen Finanzausgleichs, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 159, Hannover 1985, S. 293 ff.